



Trotz desolater Sicherheitslage erneute Sammelabschiebung nach Afghanistan

Flüchtlingsrat: Integration statt Abschiebedruck

Am morgigen Dienstag, den 08.10. wird erneut ein Sammelcharter nach Afghanistan abheben. Hessen beteiligt sich bislang regelmäßig, wenn auch in geringem Maße an den Abschiebungen. So werden bislang nur Straftäter und so genannte Gefährder aus Hessen abgeschoben, wobei es für beide Gruppen keine klare Definition von Seiten der Behörden gibt.

Die Situation in Afghanistan ist desolat: Anfang September zogen Bundespolizei und GIZ nach einem Anschlag fast ihr komplettes Personal aus dem Land ab. In der vergangenen Woche richtete der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei mit Verweis auf die Sicherheitslage einen eindringlichen Appell an Bundesinnenminister Seehofer, die Ausbildungsmission der Bundespolizei komplett auszusetzen.

Auch insgesamt ist derzeit völlig unklar, in welche Richtung sich die Situation Afghanistan entwickeln wird: Am 28. September fanden Präsidentschaftswahlen statt, die Auszählung der lediglich etwa zwei Millionen abgegebenen Stimmen wird voraussichtlich noch bis zum 19. Oktober dauern. Trotzdem haben sich die beiden aussichtreichsten Kandidaten vorsorglich zum Sieger erklärt – schon jetzt ist zu erwarten, dass der am Ende unterlegene Kandidat das Ergebnis nicht ohne Weiteres akzeptieren wird.

Gleichzeitig verhandelten die USA ohne Beteiligung der afghanischen Regierung mit den Taliban über ein Friedensabkommen. Anfang September scheiterten diese Gespräche zwar vorerst, jedoch gab es vor einigen Tagen ein erneutes Treffen des US-Sondergesandten mit Vertretern der Taliban. Wie sich die Situation entwickeln wird, ist derzeit völlig unklar, nur eines kann man sicher sagen: der Einfluss der Taliban in Afghanistan wird eher steigen als sinken.

„In eine solche völlig unklare politische Konstellation hinein Menschen abzuschieben, ist völlig absurd. Hier wird auf Biegen und Brechen Symbolpolitik betrieben, um Flüchtlinge abzuschrecken und sie davon abzuhalten, nach Deutschland zu kommen. Gleichzeitig soll innerhalb der afghanischen Community Verunsicherung gestreut werden in der Hoffnung, dass möglichst viele aufgeben und von selbst gehen“ kommentierte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates, die Intention der Charter.

Statt die Menschen zu verunsichern, sollte die Landesregierung endlich ein Zeichen setzen und die im Koalitionsvertrag beschlossene Ausstellung von langfristigen Duldungen für Menschen aus Afghanistan umsetzen. Dies wäre ein deutliches Zeichen und integrationspolitisch auch dringend geboten. *„Der ständige Abschiebedruck, dem sich die Leute ausgesetzt sehen, erschwert ein wirkliches Ankommen in der Gesellschaft. Die Sammelcharter tragen massiv zur*

Verunsicherung auch derjenigen bei, die definitiv nicht abgeschoben werden. Daher ist es wichtig, hier ein Zeichen zur Beruhigung zu setzen“ erklärte Scherenberg abschließend in Frankfurt.

Afghanische Staatsangehörige bilden die größte Gruppe ausreisepflichtiger Menschen in Hessen, zum Stichtag 30.06. lebten laut Ausländerzentralregister¹ 1.823 AfghanInnen im Bundesland. Zusätzlich gibt es noch mehrere Tausend afghanische Personen in Hessen, deren Asylverfahren noch läuft oder die gegen die Ablehnung des Bundesamtes vor dem Verwaltungsgericht klagen. In den vergangenen Jahren, seit Beginn der Sammelcharter im Dezember 2016, hat Hessen etwa 10 Personen pro Jahr nach Afghanistan abgeschoben.

Die Gruppen *NoborderFrankfurt* und die *Vernetzung gegen Abschiebung Hessen und Mainz* rufen für den 08.10 um 18h zu einer Protestkundgebung im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens auf.

¹ [Bundestags-Drucksache 12240](#)